

Bezugsspreis
Für Halle monatlich bei postamtlicher
Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich
4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark
einschließlich Zustellungsgebühren.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter
Zeitungsgattung eingetragen. Für un-
verlangt eingegangene Annoncen
wird keine Gewähr übernommen.
Redaktion nur mit der Zusen-
dung der Zeitung versehen.
Zerurf der Schriftleitung Nr. 1146,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1147,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 6600.

Morgen-Ausgabe.

Zeitung

Dreihundertfünfzigster Jahrgang.

Angabe
werd. 2. 7. 1919. 38. 11. 1919. 11. 1919.
preis oder deren Raum mit 40 Pf.
berechnet u. in mehreren Anzeigen-
stellen u. allen Anzeigengebühren
angenommen. Reklamen die 2. 11. 1919
brute 1.25 Mk. Anzeigen-
Annoncenpreis vom. 11. 1919.
für die Sonntags-Bl. 1. 1919.
6 Ubr. Abbestellungen. 10. 1. 1919.
10 Ubr. müssen schriftlich erfolgen.
Erstellungsort: Halle. Erstausg.
1919. 2 mal, Sonntag 1 mal. Schrift-
leitung u. Druck-Verwaltung: Halle,
Neue Promenade 16. Dr. Hans
Haußler, 17. Lieben-Geschäftshaus,
Markt 24 und Große Ulrichstr. 62.

Nr. 195a.

Halle, Montag, den 28. April.

1919.

Deutschland verliert alle Kolonien.

WTB Paris, 27. April. (Drahtnachricht.) Nach dem diplo-
matischen Situationsbericht berieten Wilson, Clemenceau und
Woodrow Wilson am Samstag den Schluß des Berichtes der Finanz-
kommission. Es handelte sich dabei um Russ- und andere Finanz-
fragen, nicht um den Schadenersatz. Japanische Rechte auf Kiautschou
sollen im Friedensvertrage festgelegt werden. Dabei wird Japan
die Verpflichtung auferlegt, Kiautschou an China zurückzugeben.
In der Frage von Schantung kam es zu einem Kompromiß. Strit-
tig ist nur noch die Frage der japanischen Anträge auf Gleich-
berechtigung der Mandsch.

Der amerikanische, britische, französische und japanische Minis-
ter des Auswärtigen beschlossen grundsätzlich, daß Deutschland alle seine
Kolonien aufgeben müsse.
In der Frage des Auftrages wurde beschlossen, daß die allii-
erten Mächte bei Gewährung von Gegenleistung das Recht haben
sollen, deutsches Gebiet zu überfassen.

WTB Paris, 27. April. (Drahtnachricht.) Die allier-
ten und assoziierten Regierungen haben beschlossen, prinzipiell in
die Friedensverhandlungen nur die Zustimmung aufzunehmen, daß
Deutschland auf seine früheren Kolonien verzichtet. Die Frage
der Verteilung und der Bestimmung der Kolonialmandate wird
weiteren Beratungen vorbehalten.

Die Befestigung des linken Rheinuferes.

WTB Bern, 27. April. (Drahtnachricht.) Der Staat
westlich in Verbindung der Ausführenden Räte im Militär-
rat die Aufstellung des internationalen Oberkommandos über das
Rechte am linken Rheinufer. Danach müsse Frankreich sich
gegen die Wiederkehr von neuen Angriffen schützen und müsse sich
bis zum letzten Centre behaupten lassen. Solange müsse das linke
Rheinufer besetzt bleiben. Diese Befestigung soll bewählig, so sollen
die Mächte beschließen, ob das Besatzungsrecht vermindert
werden, oder die Befestigung aufgehoben werden solle. Der Militär-
rat werde in Frankreich auf ein Jahr festgesetzt und 10 000
Franzosen würden in der rheinischen Zone in den wunderbarsten
Kolonien der Deutschen liegen.

Frankreichs Doppelspiel gegen Wilson.

WTB Paris, 27. April. (Drahtnachricht.) Nach Wilsons Abreise
hat eine abendliche Besprechung zwischen Wilson, Cle-
menceau und Woodrow Wilson stattgefunden, bei der Wilson
zum erstenmal, seit man hier kennt, in eine heftige persönliche Erregung geriet. Nach einem gereizten
Vorworte ließ er sich im Affektiven bringen und bot
Woodrow Wilson den Beweis dafür an, daß Frankreich
im gegenüber doppeltes Spiel treibe. Er behauptete,
dokumente dafür in Händen zu haben, daß Wilsons
Verhältnis mit der französischen Regierung
erfolgt sei. Die Auseinandersetzungen mit
Clemenceau nahmen einen scharfen Charakter an. „Ich
kann berichten“, sagte Wilson, „daß das Telegramm,
das mir vorliegt, und in welchem französische Politiker
die Aufforderung enthalten, Wilson zu unterstützen, ein
Telegramm bei Herrn Wilson im White House um
des Heutigen redigiert worden ist.“ Tatsächlich
steht ein Teil der Unterzeichner des Tele-
gramms, das gestern veröffentlicht wurde, mit Wilson
in engen Beziehungen. Die Presse sucht bis jetzt diesen
Vorfall vollständig zu übersehen.

Orlando begeistert in Rom empfangen.

WTB Rom, 27. April. (Meuter.) (Drahtnachricht.) Orlando ist hier eingetroffen und begeistert
empfangen worden. Er begab sich nach dem Quirinal,
wo Kundgebungen stattfanden. In einer Rede hielt
Orlando den italienischen Standpunkt bezüglich Jünnes
aufrecht. Seine Worte wurden mit stürmischer Be-
geisterung aufgenommen.

Offiziere von den Bolschewisten befreit.

WTB Gellingsfors, 27. April. (Drahtnachricht.) In
Danzig wurde eine einwöchige Regierung
eingesetzt auf so lange, bis eine Nationalversammlung
über das Schicksal Ostpreussens auf Grund des Selbst-
bestimmungsrechts entschieden haben wird.

Mißerfolg der Kommunisten in Stettin.

WTB Stettin, 27. April. (Drahtnachricht.) Heute
vormittag war auf dem hiesigen Schloßhof von
kommunistischer Seite eine Versammlung einberufen
worden, die von mehreren tausend Personen besucht war.
Als der Redner zu sprechen begann, erwiderten von allen
Seiten der Versammlung Schreie auf die Regierung
Obert-Scheidemann. Gleich darauf wurden von Seiten
in Soldatenuniform Handgranaten geworfen durch die
ein Mann getötet und viele Personen verletzt wurden.
Der Menschenmenge bemächtigte sich eine unehrer-
würdige Menge, die die Granaten nicht mehr werfen
konnte, sondern nur die Leichen der Toten zu betrachten
begann.

Paris. Beim Gebränge an dem ziemlich engen Ausgang
wurden viele Personen, darunter zahlreiche Frauen
und Kinder, verletzt.

Auswärtige Heher in Stettin.

Ruhestörer haben sich nach Kampf
ergeben.

WTB Stettin, 27. April. (Drahtnachricht.) Bei
der gemeldeten kommunistischen Versammlung auf dem
Schloßhof sprach ein Redner aus Stettin. Durch die
geworfenen Handgranaten wurden ein alter Mann ge-
tötet und etwa 12 Personen mehr oder minder schwer
verletzt. Die Angreifer schossen auch mit Revolvern,
mißhandelten den Redner schwer und schickten dann
in den nahegelegenen Fuderarschank. Dort wurden
die Sicherheitsstruppen alarmiert, die den Häuserblock
umstellten und Waffeneingewehe auf das Haus richteten.
Nach mehrstündiger Belagerung und
gemeiner Beschädigung ergaben sich die Leute, etwa 30.
Sie waren mit Handgranaten und Armeerevolvern be-
waffnet. Einer hatte einen schweren Bauchschuß. In-
sichern handelte es sich um einen kommunistischen
Putschversuch von auswärtigen Hehern, die, wie man
annahm, aus Süddeutschland hierher gekommen sind,
um die hiesige Arbeiterkraft, die bisher musterhafte
Ruhe und Ordnung bewahrt hat, zum Aufstand aufzu-
wecken. Mehrere Leute der Sicherheitswehr sind schwer
verwundet. Zwei Zivilisten wurden getötet bei dem
Verdacht, den Regierungstruppen ein Maschinengewehr
zu entreißen.

Erhöhung der Preise für ober-schlesische Kohle.

WTB Hindenburg, 27. April. (Drahtnachricht.) Die
staatsliche Bergwerksdirektion gibt bekannt:
Gemäß Beschluß der ober-schlesischen Kohlenkonvention
vom 1. April 1919 tritt eine Preiserhöhung von 12 Mk.
pro Tonne Steinkohlen und 14 Mk. pro Tonne Stein-
kohlenbriketts ein. Damit erhöhen sich ab 1. Januar
die geltenden Preise für Steinkohlen und Steinkohlen-
briketts mit Wirkung vom 1. April 1919 ab einschließ-
lich der Kohlen- und Umschlagsteuer um 14,50 Mk. bzw.
16 Mk. die Tonne.

Kundgebung für den Völkerverbund.

WTB Leipzig, 27. April. (Drahtnachricht.) Zur
Eröffnung der Leipziger Messe fand in der Alberthalle
eine Kundgebung für den Völkerverbund und Weltfrieden
statt. Anstelle von Dr. Dernburg, der verhindert war,
sprach Professor Däubler. Folgende Entschlüsse wurden
einstimmig angenommen: „Die Versammlung deutscher
und neutraler Kaufleute, vertrauensvoll auf die ständige
Macht des Reiches, bekennt sich freudig zum Gedanken
des Völkerverbundes. Geht es um die Ebenbürtigkeit
aller Völker wird er der Menschheit einen dauernden
Frieden sichern.“

Massnahmen gegen die geplante Demonstration in Berlin.

WTB Berlin, 27. April. (Drahtnachricht.) Heute
mittag war der Wilhelmplatz und die Umgegend
des Reichstagsgebäudes durch Schlagdraht und Truppen
dicht abgeperrt. Menschenansammlungen wurden
nicht geduldet. Hier und da fanden sich vorübergehend
50-60 Kriegesbedingte zusammen. Zusammenkünfte
sind nicht vorgekommen.

Von der internationalen Sozialistenkonferenz.

WTB Amsterdam, 27. April. (Drahtnachricht.) Die
verlängerte, fast man auf der gestern abgehaltenen nicht-
öffentlichen Sitzung der internationalen Sozialisten-
konferenz über die Frage der Verantwortlichkeit für
den Krieg in einigen Monaten auf dem Völkerverbund
der Konferenz zu bringen. Die Konferenz erfasste
über den von der Friedenskonferenz ausgesprochenen
Friedensentwurf Bericht und teilte mit, daß Lord
Robert Cecil der Berner Delegation erklärte, daß Deutsch-
land und Rußland in den Völkerverbund aufgenommen
werden würden, sobald es die Umstände gestatteten. Der
argentinische Delegierte Domingo unterbreitete eine Er-
klärung über den von der Friedenskonferenz gefassten
Beschluss, in Deutschland ein Verbot über das Leben zu
setzen, in welcher es heißt, daß dieses System eine große
Gefahr sei, denn das Verbot könne in den Händen
der Regierung und der Gegenrevolution ein gefährliches
Instrument sein. Die Erklärung schließt mit der For-
derung einer Volksmacht und der höchsten Einschränkung
der Demokratie. Die Konferenz hat, daß dieser Vorbehalt
zurückgezogen werde. Die englischen Vertreter könnten
sich nicht gegen das Verbot erklären. - Rußland
unterstützte den argentinischen Vorschlag, indem er er-
klärte, die Engländer sprechen wohl von der Abstützung

zu Lande, aber nicht von der Abstützung zur See. Man
müsse von der Friedenskonferenz in Paris verlangen,
daß sie sich den Engländern von neuem in der Frage des
Völkerverbundes nähere. Wenn diese sich weigere, dies zu
tun, müsse man auf die Heberzeugung der Sozialisten
und Arbeiter der ganzen Welt anstellen.

Verlegung des Sonderabkommens von Spa durch General Haller.

Berlin, 26. April. Am 26. April ließ Reichsminister
Erzberger folgende an Marschall Foch gerichtete Note
dem französischen Vorkomitee in Spa überreichen:

General Haller, der Führer der polnischen Divi-
sionen, folgend durch das Spaer Abkommen vom 4. April
1919 der Verlegung durch deutsches Gebiet genährt wor-
den ist, nahm am Dienstag, den 20. April, in Krotos-
chin (auf deutschem Gebiet, innerhalb der Grenzen des
Deutschen Reiches gelegen) während der Durchreise die
Parade über die dortigen polnischen Truppen ab. Da-
bei gab er nach dem „Dziennik Polniski“ folgende
Erklärung ab:

„Was Danzig anlangt, so gibt es nur einen Stand-
punkt: Danzig gehört Polen und muß pol-
nisch werden. Was Schlesien und West-
und Ostpreußen anlangt, so muß man
diesen Forderungen zu Hilfe kommen.
Wenn diese Länder den Status erlangen, wie jetzt das
Großherzogtum Posen, dann würde diese Frage schon
gelöst sein.“

Durch diese Kundgebung hat General Haller sich
eine schwere Verletzung des Spaer Abkommens vom
4. April 1919 zuschulden kommen lassen. In diesem
Abkommen ist seitens der Alliierten zugesagt worden,
daß alle Maßnahmen ergriffen werden, damit die auf
dem Transport durch deutsches Gebiet befindlichen
Truppen alles unterlassen, was Ursache in der Bevölke-
rung hervorrufen könnte. Der Führer dieser Truppen,
General Haller, hat aber durch seine Ansprache auf deut-
schem Gebiet hiergegen verstoßen. In dem Schlußsatz
hat er die polnischen Truppen und die polnische schein-
Bewölkerung direkt zu Hilfe genommen und gegen die
deutsche Regierung aufgereizt, indem er
für Schlesien, West- und Ostpreußen denselben Zustand
der Empörung gegen die deutsche Regierung forderte,
wie er im Dezember 1918 in Posen eingetreten ist.
Hierdurch wird Ursache sowohl in der deutschen wie in
der polnischen Bevölkerung hervorgerufen. Wegen
dieses Verstoßes gegen das Spaer Abkommen lege ich
hierdurch nachdrücklich Protest ein mit dem Er-
suchen an Herrn Marschall Foch, den ich
unterstellen General Haller auf das
unangehörige seines Verhaltens hinwei-
sen zu wollen.

Der Julisturm unberührt.

Nach mehreren Überblättern ist die Meldung der
„B. Z.“ am Mittwoch über einen angeblichen Willkür-
raub aus dem Spandauer Julisturm vollständig un-
zutreffend.

Deutsches Reich.

Zuchthäusler als Kommunistenführer.

Aus Darmstadt wird geschrieben: Die Staatsrat der Re-
volution ist nun auch über die Grenze der Republik Hessen herein-
geschlagen. Nach dem Wucher der Münchner Räterepublik wurde
in Offenbach ein Ruch verübt, um dort ebenfalls die Herr-
schaft der Kommunisten herzustellen. Aber die derzeitige hiesige
Regierung hatte sich besser vorbereitet. Das auserwählte Militär-
erlebte den Anführer in weissen und roten. Als nach einer au-
reizenden Verammlung auf dem Ruchplatz die verbotene
Menge das Ruchentwurf erbrach und in den Ruchentwurf einbrach,
um dem Militär die Waffen abzunehmen, erlitt er
noch vorausgegangener dreimaliger Warnung das Kommando
Feuer. Ein einziger Schuss und die Menge war nach Zurückflucht
ihrer Toten und Schwerverwundenen zerfallen. In der Stadt selbst nahm
man von der Schwere des Ruches nichts wahr. Die Kriminal-
beamten konnten unter den mit Dolchen und Pistolen
bewaffneten Toten sofort vier ehemalige
Zuchthäusler feststellen. Der Führer der ganzen Be-
wegung, der verhaftet werden konnte, hat selber die Lüge, nur dem
Ruche wegen schwerer Missetatensdelikte im Justizhaus ge-
fesselt.

Das also sind die Elemente, die der bestärkten Waffe sich jetzt
als bessere Zukunftsvorgänger anpreisen!

Verhandlungsminister über den Nord- und Ostpreußen. Das Ge-
richt des Garde-Kavallerie-Schützenregiments teilt mit: Die Kriegs-
gerichtliche Hauptverhandlung gegen die an der Bildung des Dr.
Karl Liebknecht und Frau Rosa Luxemburg beteiligten Personen
ist auf Donnerstag, den 8. Mai, 9 Uhr vormittags, festgesetzt.

Das Ende der Gräueltaten. Die in unrichtiger Weise ver-
lautet, wird in Zukunft der Titel Gräueltaten nicht mehr verlei-

